

# Kurzschlusshandlungen gefährden nicht nur die Wirtschaft

Von Holger Köster



Holger Köster

Geschäftsführer der HERSA-Unternehmensgruppe und Vorsitzender des Fachausschusses Wirtschaftsschutz im BDSW

Den Begriff der Kurzschlusshandlung kennen wir aus der Psychologie. Eine Kurzschlussreaktion ist eine unüberlegte Handlung, die aus einem spontanen und emotionalen Impuls heraus erfolgt. Kurzschluss-Handlungen (die etwas andere Schreibweise ist bewusst gewählt) sind es auch, wenn Leute aus politischen Motiven heraus einen großen Kurzschluss herbeiführen wollen. Sind bei jenen, die den Hochspannungsmasten bei Steinfurt in Brand gesteckt haben, einfach nur die Sicherungen durchgebrannt? Das glauben wir nicht!

**D**as Bekennerschreiben gibt eine klare Zielrichtung und einen Adressaten des Attentats an: der Autobauer Tesla. Leider ging bei den Meldungen über die Brandstiftung ein zweiter und – wie wir denken – mindestens ebenso wichtiger Teil ein wenig unter: die gesamtgesellschaftliche Auswirkung eines solchen Anschlages.

Welche Folgen hat es, wenn jemand – vom Stromausfall betroffen – nicht mehr den Notruf betätigen kann? Ab diesem Punkt können die Auswirkungen eines solchen Anschlages letal werden.

Fachleute in Sachen Totalausfall der Stromversorgung sind überzeugt, dass bei einem flächendeckenden Stromausfall schon nach einer halben Stunde die Handys nicht mehr funktionieren.

In Deutschland gehen unter den Notrufnummern 110 und 112 täglich durchschnittlich etwa

60.000 Notrufe per Handy ein. Das allein verdeutlicht, wie sehr wir alle auf eine zuverlässige, unterbrechungsfreie Stromversorgung angewiesen sind.

Das heißt, dass schon nach kurzer Zeit der Stromunterbrechung mit Todesfällen zu rechnen ist, die unter normalen Bedingungen zu verhindern gewesen wären. Unter diesem Gesichtspunkt bekommen die Anschläge gegen Strommasten eine Dimension, jenseits der nicht unerheblichen materiellen Schäden.

Für uns als Sicherheitsbranche ist dies ein ganz wesentlicher Punkt, auf den wir gar nicht oft genug hinweisen können. In diesem Sinne. Bleiben Sie auf der sicheren Seite.

Ihr  
Holger Köster



Bild: Alexandra\_Koch/pxabay.com

# Hochspannungsmasten warten auf geeigneten Schutz

Von Peter Niggel

Rund zwei Stunden vor Sonnenaufgang zerriss am 5. März dieses Jahres ein lauter Knall die ländliche Idylle einer sonst beschaulichen Wiesenlandschaft bei Steinfurt, wenige Kilometer vor der südöstlichen Berliner Stadtgrenze. Innerhalb kürzester Zeit loderten Flammen an einem 30 Meter hohen Strommast empor, befeuert durch Autoreifen. Für die Rettungskräfte war sehr schnell erkennbar, hier handelt es sich nicht um einen Unfall. Das war ein Anschlag und dieser galt vor allem der Stromversorgung der drei Kilometer entfernt liegenden Tesla-Gigafactory. Der Schaden der kriminellen Aktion beläuft sich laut Christian Hochgrebe, Innenstaatssekretär beim Berliner Senat, auf eine Milliarde Euro.

**A**ber der Angriff hatte nicht nur weitreichende Folgen für den Autobauer, auch ein Versorgungslager von Edeka war lahmgelegt, hinzu kommen sechs Gemeinden bis an die Berliner Stadtgrenze, die ohne Strom dastanden – lebenswichtige Einrichtungen, wie Kliniken und Altenheime, Arztpraxen oder Apotheken eingeschlossen. Dennoch richteten sich sehr schnell die Blicke auf das Werk des US-amerikanischen E-Fahrzeugherstellers Elon Musk.

Dass seine Produktionsstätte im Fokus der Brandstifter lag, verdeutlichte auch ein Insiderwissen verratendes Schreiben, das bereits kurz nach dem Anschlag im Internet auftauchte. „Wir wollten die Freileitung eines Hochspannungsmasts in der Verbindung zu den Erdkabeln an den wasserdichten Kabelmuffen treffen und die sechs 110-kV-Kabel darin kurzschließen.“ Dieses Bekenntnis stammte von einer „Vulkangruppe Tesla abschalten!“ und erschien auf der Plattform „Kontrapolis“.

Tesla-Chef Musk meldete sich unmittelbar nach dem Anschlag zu Wort und spottete über die Täter, sie seien die „dümmsten Ökoterroren der Welt“. Dabei war der Begriff des „Ökoterroren“ gewiss nicht nur einer Laune Musks entsprungen. Die US-Bundespolizei FBI den Ökoterroren bereits vor Jahrzehnten definiert: „Gewaltanwendung krimineller Art gegen unschuldige Opfer oder deren Eigentum durch eine umweltorientierte Gruppe aus umweltpolitischen Gründen, auch über das eigentliche Ziel hinaus und oft von symbolischer Natur.“<sup>1</sup>

Zum Hintergrund des Anschlags auf Tesla schreibt die „Berliner Morgenpost“: „Die linksextremistische Vulkangruppe bekennt sich dazu. Ein

Phantom: seit 13 Jahren aktiv, genauso lang ein Rätsel.“ Präzisierend wird ergänzt: „Im Jahresbericht des Kölner Bundesamts für Verfassungsschutz taucht der Begriff ‚Terrorismus‘ 164 und ‚Linksextremismus‘ 96-mal auf. Die Vulkangruppe hingegen wird kein einziges Mal erwähnt. Dabei ist sie nicht unbekannt und seit Langem aktiv. ... Mehr denn je vermuten die Behörden, dass auf das Konto der Gruppe auch schon ein Brandanschlag 2021 auf Tesla geht, damals noch eine Baustelle.“

Deshalb scheint es interessant, den Blick auf die mittlerweile lange Geschichte der Anschläge gegen Strommasten zu richten. Diese Achillesferse der Energieversorgung ist seit Jahrzehnten bekannt, Fahndungserfolge und ein wirklicher Schutz aber sind offensichtlich immer noch in weiter Ferne.

Blättern wir rund 40 Jahre zurück. Am 27. Juli 1986 hatte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister Carl-Dietrich Spranger (CSU) resümiert: „Die seit Jahresbeginn verübten 178 Brand- und 27 Sprengstoffanschläge in der BRD haben einen volkswirtschaftlichen Schaden von mehr als zehn Millionen Mark angerichtet.“ Es waren die Jahre der neu entstandenen Anti-Atomkraftbewegung. Damals schrieb das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“: „Militante Kernkraftgegner, die fast täglich Hochspannungsmasten umlegen, richten Millionenschäden an. Die Polizei ist hilflos.“ Und im Bundestag plädierte der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele für Verständnis: „Und da wundern Sie sich, dass Menschen auf diese mörderische Atompolitik mit Strommast-Ansägen oder mit Bauwagen-Anzündungen reagieren.“

Über die Vorgehensweise gibt es eher Spekulationen, denn Erkenntnisse – damals wie heute.



Peter Niggel

Freier Journalist. Er beschäftigt sich seit Jahren mit Fragen der privaten Sicherheit

<sup>1</sup> Zit. n.: „umweltzeitung“, Braunschweig, Mai/Juni 2015, Seite 22.



„Die subversiven Öko-Trupps arbeiten offenbar ohne Unterstützer und Mitwisser, sie verüben ihre Anschläge vorzugsweise nachts und häufig in der Provinz, wo die Polizeidichte gering ist. Auch Spitzel brachten Kripo und Verfassungsschützer bislang nicht weiter“, resümierte bereits im März 1985 der „Spiegel“.

Rund zwei Jahre später, am 29. November 1988 sprengten „Techniker des Landeskriminalamtes“ – wie damals die „Ostfriesen-Zeitung“ meldete – in der Nähe des Umspannwerkes Diele im Rheiderland zu Testzwecken einen ausgemusterten frei stehenden Hochspannungsmast. Die Standfestigkeit sollte getestet werden. Welche Erkenntnisse und vor allem welche Schlussfolgerungen aus diesem Experiment folgten, wurde nicht bekannt. Tatsache aber ist, dass die Strommasten auch Jahrzehnte später ein neuralgischer Punkt der Energieversorgung sind. Auch wenn Deutschland kein Land der Atomenergie mehr ist und deshalb diese Beweggründe für einen Anschlag auf die Hochspannungsmasten weggefallen sein dürften, bleibt die Gefährdung – siehe Tesla – aktuell wie eh und je.

Die nunmehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückte „Vulkangruppe“ ist ein beredtes Beispiel. Wie dürftig die Informationen über diese Gruppe sind, macht eine Zusammenstellung der „Augsburger Allgemeinen“ deutlich, der einen Tag nach dem Anschlag bei Steinfurt erschienen ist: „Viel ist über die Gruppe nicht bekannt. Der Berliner Verfassungsschutz ordnet sie ... dem anarchistischen

Spektrum zu. Sie soll es seit dem Jahr 2011 geben. In verschiedenen Bekennerschreiben, die seitdem aufgetaucht sind, hat sich die Gruppe verschiedene Namen gegeben, etwa ‚Vulkangruppe Netzherrschaft zerreißen‘ oder ‚Vulkangruppe: Gegen den Fortschritt der Zerstörung!‘. Vulkangruppe nennt man sie, so ist zu lesen, weil sie sich häufig auf isländische Vulkane bezieht, wie auf „Grimsvötn“, „Katla“ oder „Ok“.

2018 hatte die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen nach einem Brandanschlag am 26. März desselben Jahres auf Starkstromleitungen in Berlin an sich gezogen. 35.000 Haushalte waren damals ohne Strom. Zu dem Anschlag hatte sich die „Vulkangruppe Netzherrschaft zerreißen“ auf der Internetplattform Indymedia bekannt.

Die Täter wollten demnach Technologiefirmen treffen. Ziel sei es, so wurde betont, unter anderem „die Störung des Flughafens Tegel, der Bundes- und Landesverwaltungen, der Bundeswehr, der Flugbereitschaft der Bundesregierung“ gewesen.

Zwei Jahre später, im Frühjahr 2020, der nächste Anschlag. Das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz registrierte dabei eine „verbesserte“ Vorgehensweise: „Deutlich größere logistische Vorbereitung erfordern Anschläge wie die Inbrandsetzung von freiliegenden Versorgungsleitungen für Strom und Kommunikation am 14. April in Charlottenburg.“ Dabei sei es zu erheblichen Stromausfällen gekommen.

Solchen Anschlägen vorbeugend entgegenzuwirken, sieht der BDSW als eine zentrale Aufgabe seiner Mitgliedsunternehmen. Als Wirtschafts- und Arbeitgeberverband, der über 1.000 Unternehmen des Sicherheitsgewerbes vertritt, die mehr als 80 Prozent des Branchenumsatzes generieren, begrüßt der BDSW deshalb ausdrücklich, dass sich künftig der nationale Gesetzgeber durch ein KRITIS-Dachgesetz im Rahmen der EU-Richtlinie in einem ganzheitlichen Schutzansatz zum Schutz von KRITIS nicht mehr allein auf die IT-Sicherheit fokussieren wird.

Das Sicherheitsgewerbe mit seinen nunmehr über 270.000 Beschäftigten erbringt seit Jahren immer mehr Leistungen, die der Absicherung beziehungsweise Aufrechterhaltung sämtlicher KRITIS-Sektoren in Deutschland dienen. Dazu zählen Objektschutzaufgaben, Schutz von Lieferketten, Sicherstellung der Bargeldversorgung, Ge-





währleistung von Sicherheit und Ordnung im Personenverkehr und Durchführung von Luftsicherheitskontrollen. Das Sicherheitsgewerbe als Teil der nationalen Sicherheitsarchitektur ist bereits heute – ohne selbst als eigenständiger KRITIS-Sektor zu gelten – faktisch integraler Bestandteil beim Schutz sämtlicher KRITIS-Sektoren und KRITIS-Anlagen. Das Sicherheitsgewerbe trägt damit maßgeblich dazu bei, dass unbefugte Personen KRITIS-Anlagen nicht betreten, um insbesondere Sabotage- und Terrorangriffe auf KRITIS-Anlagen durchzuführen. Insofern ist das Sicherheitsgewerbe systemrelevant für die Resilienz von KRITIS-Anlagen in Deutschland.

Nach Vorstellungen des BDSW sollte der KRITIS-Sektor Energie, wie vormals im Zeitalter der Atomenergie in Deutschland zum Schutz der AKWs auf höchstem Schutzniveau erfolgreich praktiziert wurde, vermehrt auf integrierte Schutzkonzepte der Sicherheitswirtschaft zurückgreifen.

---

## Analysen und Hilfestellungen zum Wirtschaftsschutz

Von Rechtsanwalt Dr. Berthold Stoppelkamp

### Polizeiliche Kriminalstatistik 2023

Insgesamt stiegen die registrierten Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 5,5 Prozent auf insgesamt 5.940.667 Fälle im Jahr 2023. Diebstähle aus Büros, Fabriken und Lagern stiegen. Die Fallzahlen des Deliktsbereiches Cybercrime bezogen auf allein inländische Täter gingen zurück. Die Gewaltkriminalität stieg um 8,6 Prozent. Die Zahl der nicht deutschen Tatverdächtigen ist gegenüber dem Vorjahr um 17,8 Prozent auf 41,1 Prozent gestiegen.

[www.bka.de](http://www.bka.de)

### Allianz Risk Barometer 2024

Von über 3.000 weltweit befragten Risikomanagern werden Cyberattacken, Betriebsunterbrechungen und Naturkatastrophen als die drei größten Geschäftsrisiken eingeschätzt. In Deutschland landen allerdings die Änderungen von Gesetzen und Vorschriften bereits auf Platz 3 und anders als weltweit der Fachkräftemangel auf Platz 4.

[www.allianz.com](http://www.allianz.com)

### NRW-Verfassungsschutzbericht 2023

Auch wenn die absolute Zahl der registrierten Straftaten 2023 im Vergleich zum Vorjahr um gut 15 Prozent gesunken ist, so zeigt sich eine erhöhte Bedrohungslage durch Extremisten. So wurden insgesamt 7.596 extremistische Straftaten gezählt. Fast die Hälfte dieser Taten (3.549) ist dem rechts-extremistischen Spektrum zuzuordnen, 1.097 dem linksextremistischen Spektrum.

[www.im.nrw.de](http://www.im.nrw.de)

### BSI-CyberRisikoCheck

Das BSI hat in Zusammenarbeit mit diversen Partnern eine Initiative zur Erhöhung der Cyberresilienz für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) ins Leben gerufen. Mit den Partnern wurde eine DIN SPEC erarbeitet, die als Grundlage für die IT-Sicherheitsberatung dient. Anhand von 27 Anforderungen aus sechs Bereichen werden die jeweiligen KMU bezüglich ihrer IT-Sicherheit bewertet.

[www.bsi.bund.de](http://www.bsi.bund.de)



RA Dr. Berthold Stoppelkamp

zuständiges Geschäftsführungsmitglied für den Fachausschuss Wirtschaftsschutz im BDSW